
Dritte Einzel-Information über die Durchführung der Aktion "Rose"

Am 13. August 1961 zementierte das SED-Regime die deutsche Teilung mit dem Bau der Mauer in Berlin. Die Staatssicherheit sammelte unmittelbar danach Informationen über die Missstimmung in der Bevölkerung, über Versorgungsprobleme und Streiks in Betrieben.

Anfang der 60er Jahre flüchteten Abertausende Menschen aus der DDR. Das Land stand wirtschaftlich und politisch vor dem Ruin. Die Staatsmacht wusste sich angesichts der desolaten Lage nicht anders zu helfen, als das eigene Volk einzusperren. Eine unüberwindbare Mauer sollte die Massenflucht stoppen und der SED die Macht im Land sichern.

Der sowjetischen Unterstützung gewiss, begann das Regime am 13. August 1961 seinen Plan in die Tat umzusetzen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die DDR-Geheimpolizei. Nachdem die Grenzen abgeriegelt wurden, sammelte die Staatssicherheit Informationen über die Missstimmung in der Bevölkerung, über Versorgungsprobleme und Streiks in Betrieben und fasste sie in geheimen Berichten an die SED-Führung zusammen.

Diese MfS-Berichte bündeln, was Zuträger im ganzen Land der DDR-Geheimpolizei im Umfeld des Mauerbaus am 13. August 1961 berichteten - auch aus dem Westteil Berlins. Daraus wird deutlich, dass die Stasi eine aktive Rolle beim Mauerbau spielte. Aus den Berichten geht außerdem hervor, dass die Partei- und Staatsführung durch die Staatssicherheit schonungslos über die reale Lage und alle Probleme im Land informiert wurde.

Die Staatssicherheit verfasste über die Aktion "Rose" - so der Deckname für den im Zusammenhang mit der Grenzschließung am 13. August 1961 stehenden Maßnahmenkomplex - und die "Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR" bis zum 16. August zwölf Berichte. Davon entstanden allein fünf am 13. und vier am 14. August. Von da an wurde bis zum 3. September zu diesem Thema nur noch einmal täglich berichtet. Wichtigster externer Adressat war - neben den sowjetischen Verbindungsoffizieren - der Haupteinsatzstab mit seinem Leiter Erich Honecker.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 344-346

Metadaten

Datum: 13.8.1961

Dritte Einzel-Information über die Durchführung der Aktion "Rose"

0344

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 13.8.67

Nr. 415, 61

1. Minister ✓
2. Einsatzstab ✓
3. Gen.-Bevter
4. Freunde
5. H VII VII
6. Ablage

Gefertigt: 6 Exempl.
3 Blatt
6. Exemplar

3. EINZEL-INFORMATION

über

die Durchführung der Aktion "Rose"

Das vorliegende Material gestattet noch keine umfassende Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung der DDR. Während aus dem demokratischen Berlin bereits eine größere Zahl Stellungnahmen vorliegt, sind aus den Bezirken der DDR bisher nur wenig Reaktionen bekannt.

Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, sind die Maßnahmen der Regierung der DDR von vielen Bürgern begrüßt worden. Derartige Äußerungen kamen vor allem aus verschiedenen Betrieben des demokratischen Berlin, in denen heute gearbeitet wird. Wiederholt wird unterstrichen, es sei Zeit, daß diese Maßnahmen getroffen worden seien. Teilweise wird in diesem Zusammenhang erklärt, diese Schritte hätten schon eher erfolgen sollen. Besonders begrüßt wird, daß durch die durchgeführten Aktionen den Grenzängern und Schiebern das Handwerk gelegt wird.

Die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen ist unterschiedlich. Es gibt eine Reihe von Beispielen aus Berliner Betrieben, in denen die Einsatzbereitschaft reibungslos und schnell hergestellt wurde und in denen die Kampfgruppen-Mitglieder ohne Aufforderung an den vereinbarten Sammelplätzen erschienen. Dagegen gab es in

- 2 -

V 0163 460 10.0

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31066, Bl. 344-346

Blatt 344

Dritte Einzel-Information über die Durchführung der Aktion "Rose"

- 2 -

BSTU
0345

in anderen Betrieben (z. B. im Bezirk Treptow) Mängel in der Benachrichtigung der Kampfgruppen-Mitglieder. Allgemein ist festzustellen, daß die Stimmung unter den anwesenden Mitgliedern der Kampfgruppen gut ist.

In vielen Stellungnahmen von Bürgern des demokratischen Berlin kommen gewisse Befürchtungen zum Ausdruck, daß die eingeleiteten Maßnahmen zu scharfen Auseinandersetzungen führen könnten.

An einer Reihe von Grenzübergängen zwischen dem demokratischen Berlin und Westberlin gab es Ansammlungen von ca. 50 bis 100 Personen, die sich teilweise negativ über die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen äußerten.

Vielfach wird dabei erklärt, daß der Westen diese Schritte nicht hinnehmen werde. Deshalb würden die Maßnahmen der DDR nur kurze Zeit aufrechterhalten werden können.

Eine große Rolle bei den negativen Äußerungen spielen Befürchtungen, daß in Zukunft keine Verbindungen mit in Westberlin lebenden Verwandten mehr möglich sind.

In einzelnen Fällen kam es zu offenen provokatorischen Äußerungen von Bürgern der DDR. So wurde z. B. zum Ausdruck gebracht, daß die jüngsten Maßnahmen der Regierung der DDR mit denen aus der Zeit des 17. Juni 1953 verglichen werden können (Äußerungen bei Diskussionen an Grenzübergängen).

In einer Diskussionsgruppe an einem Grenzübergang wurde ferner provokatorisch erklärt, daß man sich diese Maßnahme nicht gefallen lassen dürfe. Die Polizisten an den Übergängen würde man "mit anderen Mitteln wegbekommen".

Der Tankwart der Tankstelle Grünau verweigerte einem Mitarbeiter der Sicherheitsorgane in den frühen Morgenstunden den Verkauf von Benzin. Er erklärte, "wenn alle streiken, streike er auch". Die Schließung der Grenzen nach Westberlin richte sich gegen die Arbeiter.

Ein anonymes Telefonanruf bei den Sicherheitsorganen in Dresden, in dem erklärt wurde, daß die vom Ministerrat getroffenen Maßnahmen noch im Laufe des Tages geändert würden, ist als Einzelercheinung zu werten.

In verschiedenen Diskussionen wurde die Auffassung vertreten, daß die jüngsten Schritte der DDR eine "Einschränkung der persönlichen Freiheit" bedeuten würden. Solche Meinungen werden vor allem von

- 3 -

Dritte Einzel-Information über die Durchführung der Aktion "Rose"

- 3 -

BSTU
0346

Bürgern des demokratischen Berlin geäußert, die am Betreten der Westsektoren gehindert werden.

Im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Ministerrates gibt es in einigen Bevölkerungskreisen verschiedene unklare Fragen bzw. Befürchtungen.

So liegen verschiedene Äußerungen vor, in denen zum Ausdruck kommt, daß westberliner Bürger, die im demokratischen Berlin arbeiten, Schwierigkeiten haben werden, ihre Arbeitsstellen auch in Zukunft zu erreichen. Solche Auffassungen traten vor allem in der Charité und im Friedrichstadt-Palast auf. Es gibt Befürchtungen, daß die Durchführung des Programms des Friedrichstadt-Palastes gefährdet ist.

Schwierige Probleme werde es auch für die Bewohner der westlichen und nördlichen Randgebiete Berlins geben, die im demokratischen Berlin tätig sind.

Ferner bestehen Unklarheiten darüber, wie die Versorgung der Bürger der DDR gesichert werden soll, die bisher ihre Rente in Westberlin bezogen haben.